

Andere Kantone sollen an die Uni Basel mitzahlen

Nach dem Baselbiet wird nun auch in der Stadt Kritik laut an der heutigen Hochschul-Finanzierung.

Hans-Martin Jermann

1,5 Milliarden Franken wollen die beiden Basel in den kommenden vier Jahren in die gemeinsame Universität buttern. Die Trägerschaft ist unbestritten, doch kommt aus beiden Kantonen Kritik an der Verteilung der Kosten. Das sind die wichtigsten Streitpunkte vor dem Entscheid der Parlamente.

Die bikantonale Trägerschaft

Von den erwähnten 1,504 Milliarden Franken trägt Basel-Stadt knapp 771 Millionen (51,25 %), Baselland 733 Millionen (48,75 %). Baselland zahlt wegen der höheren Zahl an Studierenden aus dem eigenen Kanton höhere Vollkosten, demgegenüber wird die Stadt wegen des Standortvorteils belastet und muss wegen der höheren wirtschaftlichen

Leistungsfähigkeit etwas mehr als Restdefizit der Uni beisteuern. Für die Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) ist bereits klar, dass der Landkanton die Uni ab 2030 nicht mehr so finanzieren kann. Dies habe man gegenüber Basel-Stadt so kommuniziert, heisst es im Bericht der landrätlichen Bildungskommission zum Leistungsauftrag. Die Uni-Trägerschaft wird im Baselbiet nicht infrage gestellt.

Das Free-Rider-Problem

Aktuell stammen 21,1 Prozent der Studierenden und Doktorierenden aus dem Kanton Baselland, 15,7 Prozent aus Basel-Stadt; das macht zusammen 36,8 Prozent. Andere Kantone beteiligen sich weder an den Vollkosten für ihre in Basel Studierenden, noch am Restdefizit

der Uni, sie sind also Free Rider. Dies stösst auf Kritik. Im Baselbiet fordert eine von elf Gemeinden lancierte Initiative einen neuen Vertrag, der sämtliche Kantone mit Studierenden an der Uni Basel einbezieht.

Ähnliche Forderungen wurden jüngst in der Stadt laut: Die grossräumliche Bildungs- und Kulturrekommision (BKK) fordert «eine strategische Neuausrichtung bezüglich der Studiengebühren für ausserkantonale und ausländische Studierende», wie es in ihrem Bericht heisst. Allerdings soll die Uni für alle offen und erschwinglich bleiben. In der Baselbieter Bildungskommission wurde ein Bonus-Malus-System ins Spiel gebracht. Demnach sollen Uni-Absolventen, die nach ihrem Studium in der Region tätig sind, von einem Bonus profitieren, wogegen solche, welche die Region verlas-

sen, mit einem nachträglichen Malus belastet werden.

Das Studierendenwachstum

Die Regierungen beider Basel fordern in der Vorlage, dass sich die Universität um ein gezieltes Studierendenwachstum bemühen soll. Für das Herbstsemester haben sich 12'890 Studierende und Doktorierende eingeschrieben. Laut BKSD ist mit dem Begriff «gezielt» gemeint, dass sich die Universität selber eine Strategie gibt und überlegt, in welchen Bereichen sie wachsen will. Dies sei bisher nicht geschehen, das Wachstum der vergangenen zwei Jahrzehnte sei weitgehend ungezielt vonstatten gegangen.

Dass der Bund Subventionen an Hochschulen in Abhängigkeit der Studierendenzahlen ausrichtet, sei ein Fehlanreiz,

hiess es in der Kommission. Laut BKSD muss dieses Problem von der Hochschulkonferenz angepackt werden.

Die fehlende Strategie

Aus beiden Bildungskommissionen wird die Kritik geäussert, dass die Universität den Zukunftsaussichten zu wenig Beachtung schenke. So habe sie keine Strategie zu allfälligen Sparmassnahmen für die Zeit ab 2030 vorbereitet. Eine solche Strategie wäre aber angesichts der drohenden Senkung der Bundesbeiträge und der Teuerung nötig. Die beiden Kantone erwarten von der Universität, dass sie mit Blick auf den nächsten Leistungsauftrag in einer Strategie die inhaltliche Fokussierung, das Studierendenwachstum und die Studiengebühren bündelt.